Abend-Ausgabe

96. Jahrgang. Nr. 160

Dienstag, 5. April 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 941
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.90 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.50 Mk. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 25 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abz. Kassenabschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1055 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

England und Frankreich einigen sich

Völliger Stimmungsumschwung der Pariser Presse

Paris, 5. April. Die pessimistische Haltung der großen Pariser Presse über den Ausgang der Londoner Besprechungen hat Dienstag morgen ganz plötzlich einem ausgeprägten Optimismus und unverkennbarer Zufriedenheit Platz gemacht. Alle großen Blätter unterstreichen besonders, daß die beiden Ministerpräsidenten sich über die Modalitäten zur Verwirklichung des wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Donaustaaten vollkommen einig geworden seien und daß es nunmehr nur noch von Italien und besonders von Deutschland abhänge, wie rasch der Plan durchgeführt werden könne.

Selbst der außenpolitische Berichterstatter des „Echo de Paris", Pertinax, begrüßt den Ausgang der Besprechungen, die eine so unerwartet günstige Wendung genommen hätten. Wenn auch im Augenblick noch keine festen Beschlüsse vorlägen, so sei doch zu hoffen, daß Macdonald und seine Kollegen sich nicht mehr von ihrer augenblicklichen Auffassung abbringen ließen, zu der sie nach langwierigen Verhandlungen mit ihren französischen Kollegen gelangt seien. Was die Art angehe, die beiderseits für die Fortsetzung der Arbeiten in Aussicht genommen sei, so bestehe vollkommene Uebereinstimmung dahin,

daß die fünf Donaustaaten sich zunächst unter sich einigen müßten, ehe man die übrigen Großmächte heranziehe.

Außerdem dürfe man in Zukunft unter Großmächten nicht nur Frankreich, England, Italien und Deutschland verstehen, sondern müsse auch Polen und die Schweiz mitzählen, die ausdrücklich darauf bestanden hätten, mit zu Rate gezogen zu werden. Wenn Macdonald in seiner Erklärung hervorgehoben habe, daß einige Einzelheiten noch einer genauen Prüfung bedürfen, so handele es sich im wesentlichen um die finanzielle Unterstützung, für die eine Summe von 1 Milliarde Franken in Aussicht genommen sei.

Auch der „Petit Parisien" bezeichnet den Ausgang der Besprechungen als so günstig, wie nur eben möglich. Im gegenseitigen Gedankenaustausch habe sich über fast alle Punkte des Programms Uebereinstimmung erzielen lassen.

Der französische Ministerpräsident habe allen Grund zu der Erklärung gehabt, daß er sich nunmehr um einige Jahre verjüngt fühle.

Wenn auch die sogenannte „Entente cordiale" nicht wieder hergestellt worden sei, so könne man doch ohne Uebertreibung behaupten, **daß die englisch-französischen Beziehungen seit langem nicht mehr so gut gewesen seien, wie im Augenblick. Es bleibe nur noch zu hoffen, daß die Vertreter Deutschlands mit anderen Vorschlägen zur Viererkonferenz kämen, als diejenigen, die bei den diplomatischen Verhandlungen der letzten Wochen zutage getreten seien.** Obgleich Macdonald sich geweigert habe, nähere Erklärungen über die Punkte abzugeben, über die eine Einigung erzielt worden sei, und nur betont habe, daß es sich um sechs Punkte handele, so könne man mit Sicherheit annehmen, daß es sich hierbei handele um

1. die Einladung an die fünf Donaustaaten,
2. die Aenderungen, die an ihren augenblicklichen wirtschaftlichen Beziehungen untereinander angewendet werden müßten, das heißt Aenderungen, die sich auf die Meistbegünstigungsbestimmungen beziehen,
3. welche Staaten in die Donauregelung einbezogen werden sollen,
4. die Form der neu zu treffenden Abkommen,
5. die Frage der Vorzugszölle und
6. finanzielle Fragen.

Tardieu wieder in Paris

Paris, 5. April. Ministerpräsident Tardieu ist am Dienstagvormittag wieder in Paris eingetroffen. Pressevertretern gegenüber erklärte er, daß er von den Londoner Besprechungen sehr befriedigt sei. Die zur Verhandlung stehenden Punkte seien nacheinander in freundschaftlichem Geiste eingehend geprüft worden. Allerdings dürfe man noch nicht von Ergebnissen sprechen, da nichts Endgültiges beschlossen worden sei. Finanzminister Flandin werde die Verhandlungen abschließen.

Aussprache des Reichskanzlers mit v. Bülow

Karlsruhe, 5. April. Reichskanzler Dr. Brüning empfing heute vormittag Staatssekretär v. Bülow, Ministerialdirektor Dr. Posse vom Reichswirtschaftsministerium und Vortragenden Legationsrat Wiehl vor ihrer Abreise zur Londoner Viermächtekonferenz zu einer Aussprache über das Donauproblem. An der Aussprache nahm auch Ministerialdirektor v. Krosigk vom Reichsfinanzministerium teil.

Graf Czernin †

Wien, 5. April. Wie soeben bekannt wird, ist Graf Ottokar Czernin, der frühere Außenminister des alten Oesterreichs und Vertrauensmann des damaligen Thronfolgers Franz Ferdinand und des Kaisers Karl, am Montag, 22 Uhr, in seiner Wiener Wohnung einem Herzschlag erlegen. Er saß an seinem Schreibtisch, um einige Briefe zu erledigen, stand dann auf und ging einige Male unruhig hin und her. Im nächsten Augenblick sank er leblos zusammen.

Der im Alter von 62 Jahren verstorbene Graf entstammte einer alten böhmischen Adelsfamilie. Er gehörte vor dem Kriege als Mitglied des böhmischen Landtags der Verfassungspartei an. Im Jahre 1912 wurde er Herrenhausmitglied und ein Jahr später auf besonderen Wunsch Franz Ferdinands Gesandter der Monarchie in Bukarest. Dort blieb er bis zum Ausbruch des Krieges mit Rumänien Ende 1916. Nach dem Tode Kaiser Franz Josephs wurde Graf Czernin an Stelle von Graf Burian am 23. Dezember 1916 Minister des Aeußeren und vertrat als solcher die von Kaiser Karl verfolgte Friedenspolitik. In seine Amtszeit fielen die Friedensschlüsse von Brest Litowsk und Bukarest. Seit August 1917 bis in den Februar 1918 führte er mit Frankreich in der Schweiz Besprechungen. Im Zusammenhang mit dem von Clemenceau veröffentlichten Brief des Kaisers Karl an den Prinzen Sixtus von Parma, der die Bestrebungen eingeleitet hatte, erfolgte dann am 14. April 1918 sein Rücktritt.

Nach dem Umsturz war Czernin Mitglied des Oesterreichischen Nationalrats (Demokratische Partei), trat aber wenig hervor.

Landwirte beim Reichspräsidenten

Berlin, 5. April. Reichspräsident v. Hindenburg empfing heute eine größere Abordnung von Landwirten und ländlichen Gemeindevorstehern aus allen Teilen Deutschlands sowie auch des Oesterreichischen Landbundes. Die Abordnung, die von dem Präsidenten des Deutschen Landgemeindetages, Landrat a. D. Gereke, geführt war, brachte das Vertrauen des deutschen Landvolkes in die Person und das Wirken Hindenburgs zum Ausdruck und nahm zugleich Gelegenheit, dem Herrn Reichspräsidenten die Wünsche der deutschen Landwirtschaft, insbesondere der bäuerlichen Wirtschaft, in eingehender Besprechung darzulegen. Reichspräsident v. Hindenburg gab in seiner Erwiderung auf die landwirtschaftlichen Forderungen einen Rückblick über die Maßnahmen, die seit seiner Osterbotschaft des Jahres 1930 zum Schutze der Landwirtschaft getroffen worden sind. Er versicherte, daß er nach wie vor in der Wiederherstellung der Rentabilität der deutschen Landwirtschaft eine unerläßliche Voraussetzung für die Gesundung unseres Vaterlandes erblicke.

Der Briefwechsel Hindenburg-Stahlhelm

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 5. April. Die Bundesführer des Stahlhelms, Seldte und Duesterberg, beraten zur Zeit die Antwort auf das dieser Tage dem Inhalt nach veröffentlichte Schreiben des Reichspräsidenten. Aus Stahlhelmkreisen verlautet, daß es sich bei dem Brief des Reichspräsidenten mit der Aufforderung, Maßregelungen gegen Hindenburgwähler rückgängig zu machen, nicht um einen neuen Schritt Hindenburgs handelt, sondern daß dieser Schritt schon drei Wochen zurückliegt und von der Stahlhelmführung entgegenkommend behandelt worden sei. In den nächsten Tagen wird ein neues Schreiben der Stahlhelmführer an den Reichspräsidenten gerichtet werden; eine Veröffentlichung dieses Briefwechsels ist nicht beabsichtigt.

Raubüberfall im Postgebäude

Der Postmeister niedergeschlagen

Hamburg, 5. April. Auf den Postmeister Brakerk des Ostseebades Grömitz wurde am Montagabend ein Raubmordversuch ausgeführt. Gegen 21 Uhr erschien ein Mann, der den Beamten wegen einer Autogesellschaftsfahrt nach Eutin zu sprechen wünschte. Der Postmeister begab sich mit dem späten Besucher in die zu ebener Erde gelegenen Diensträume, um dort die erbetene Auskunft über die Kosten einer solchen Gesellschaftsfahrt zu erteilen. Bei dieser Gelegenheit zog der Unbekannte plötzlich eine Eisenstange unter der Jacke hervor und versetzte dem Beamten mehrere wuchtige Schläge auf den Kopf. Er schlug so brutal auf sein Opfer ein, daß diesem die Schädeldecke zertrümmert wurde und das Blut bis an die Wände und die Decke des Zimmers spritzte. Der Fremde nahm die Geldbörse und die Schlüssel zu der eingebauten Geldkassette dem Postmeister ab und raubte 150 Mark in bar. Der Räuber schloß dann sein Opfer ein und ist unerkannt entkommen.

Die Notenabgabe wird beschränkt

Berlin, 5. April. Amtlich wird mitgeteilt: Zahlungen an das Ausland können künftig nicht mehr durch Anschaffung und Versendung von ausländischen Noten, sondern nur noch durch Ueberweisung, Postanweisung, Scheck usw. erfolgen. Insbesondere ist der Erwerb von ausländischen Noten innerhalb der Freigrenze zum Zweck der Vermögensanlage unzulässig.

Der Wahlkampf in vollem Gange

Adolf Hitler fliegt nach Ostpreußen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 5. April. Der Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, hat heute in dem von ihm gecharterten Großflugzeug Berlin verlassen und in Begleitung von zwei Sportflugzeugen der Hitler-Flugzeugstaffel die Reise nach Ostpreußen angetreten. Am Dienstagmittag erfolgte eine Zwischenlandung auf dem Danziger Flugplatz, bei der die Danziger SA. und SS. sowie die Hitlerjugend angetreten waren. Hitler hielt eine kurze Ansprache, schritt die Fronten der Verbände ab und startete dann zum Weiterflug nach Elbing, wo er am Nachmittag in einer großen Versammlung spricht. Abends begibt er sich nach Königsberg.

Graf Westarp spricht

Frankfurt a. d. Oder, 5. April. Montag abend sprach hier Graf Westarp auf einer Kundgebung des Hindenburg-Ausschusses. Man hatte auf jeden Flaggenschmuck verzichtet. Graf Westarp besprach eingangs die außenpolitische Lage. Sowohl in der Abrüstungsfrage als auch in der Tributfrage, so sagte er, wolle Deutschland jetzt seine Rechtsansprüche durchsetzen. Tribute würden wir nicht mehr zahlen, da unsere Ersatzverpflichtungen längst erfüllt seien. Brüning, der im Auslande großes Vertrauen genieße, sei entschlossen, ein doppeltes Nein auszusprechen. Er könne aber nur Erfolg haben, wenn das deutsche Volk geschlossen hinter ihm stände. Deshalb sei es wichtig, daß Hindenburg eine möglichst große Anzahl von Stimmen bekomme. Zu billigen sei es, wenn die Nationalsozialisten den Freiheitswillen der Nation aufrufen, aber mit starken Worten allein sei wenig zu machen, sondern das Volk müsse zu neuen Opfern bereit sein. Im Osten brenne die Grenze. Der Pole warte nur darauf, daß er Oberschlesien, Ostpreußen und Danzig an sich reißen könne. Hindenburg und Groener hätten deutlich zu verstehen gegeben, daß das deutsche Volk gewillt sei, einem Einfall der Polen mit aktivem Widerstand zu begegnen. Auch eine etwaige Wiederbesetzung des Ruhrgebietes könnten wir nur mit Erfolg abwehren, wenn das deutsche Volk geschlossen sei. Um die deutsche außenpolitische Stellung zu stärken, und um innerpolitische Erschütterungen zu vermeiden, habe sich Hindenburg wieder zur Verfügung gestellt. Hindenburg sei tatsächlich ein überparteilicher Kandidat, was man von Hitler nicht behaupten könne. Hindenburg ließe sich von keiner Partei Vorschriften machen.

Die Räumung in der Hedemannstraße

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 5. April. Entsprechend der gestrigen Anordnung des Polizeipräsidenten hat heute morgen im Parteihaus der NSDAP. in der Hedemannstraße die Räumung der in der Verfügung genau bezeichneten SA.-Büros begonnen. Auf mehreren Lastwagen wurden Akten, Kartotheken, Möbel usw. verladen und abtransportiert, so daß innerhalb der vorgeschriebenen Zeit, also bis 12 Uhr mittags, die betreffenden Räume leer waren. Während des Auszuges war Polizei in der Hedemannstraße anwesend, ohne aber zunächst irgendwie in Aktion zu treten, bis dann um 12 Uhr die amtliche Feststellung getroffen wurde, daß der Anordnung des Polizeipräsidenten Folge geleistet worden sei. In diesem Zusammenhange ist zu bemerken, daß nun keineswegs die SA.-Büros als solche geschlossen sind, sondern daß nur die Benutzung der bisherigen Räume in der Hedemannstraße verboten ist, weil nach Angabe der Polizei von diesem Haus der Ueberfall auf die Reichsbannerleute am letzten Sonnabend ausgegangen sei.

Anschlagsäulen in Flammen

Berlin, 5. April. Im Laufe der Nacht wurden in Berlin 18 Anschlagsäulen in Brand gesteckt, die vermutlich vorher mit Petroleum oder Benzin begossen worden waren. Zum größten Teil brannten sie lichterloh herunter, ehe die Feuerwehr sie ablöschen konnte. Da die Plakate hauptsächlich für Hitler Propaganda machten, vermutet die Polizei, daß die Täter in den Kreisen der Kommunisten zu suchen sind. In keinem der Fälle gelang es, der Brandstifter habhaft zu werden.

Westfalen-Süd für starke nationale Rechte

Dortmund, 5. April. Der Hauptvorstand des aus der Deutschen Volkspartei ausgetretenen Wahlkreisverbandes Westfalen-Süd hielt am Montag hier eine Tagung ab. Ueber die Verhandlungen über einen Zusammenschluß mit der Deutschnationalen Volkspartei wurde eine Erklärung ausgegeben, in der es heißt: „Der Wahlkreisverband Westfalen-Süd hat am 1. März seinen Austritt aus der Deutschen Volkspartei vollzogen. Er hat sich nunmehr mit der Deutschnationalen Volkspartei Westfalen-Süd zusammengeschlossen. Dieser Schritt ist das Signal zu der Sammlung aller in den Mittelparteien in Aufbruch befindlichen nationalen Kräfte zu einer starken nationalen Rechten."